



Enztalbote Wildbader Zeitung
 Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
 und das obere Enztal

Verlag und Schriftleitung: Späher Hof, Wildbad, Telephon Nr. 479. - Redaktion: Hans Volmer.

Das richtige Notopfer

Die Reichsregierung hat zu erkennen gegeben, daß sie eine ordentliche Verabschiedung der Deckungsvorlagen auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Weg wünsche. Sie scheint also auch die früher von ihr beliebte Methode der Drohung mit der Diktatur verzichten zu wollen. Diese Umkehr wäre, wie die Köln. Zeitg. zutreffend bemerkt, nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch um ihrer psychologischen und erzieherischen Wirkung willen zu begrüßen. Es war denn doch eine allzu sorglose Auslegung der Reichsverfassung, wenn auf Grund des Artikels 48 der Verfassung einer Minderheit die Gewalt über das Parlament gegeben werden sollte, denn dieser Artikel hat nach seinem klaren Wortlaut nur die Bestimmung, in Zeiten äußerster Not die „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit“ durch Ausnahmemaßregeln zu ermöglichen. Vor ein paar Jahren hat man ja auch einmal zu dem Artikel 48 gegriffen, aber man wird nicht behaupten können, daß dies dem Ansehen der Reichsverfassung genügt hätte, die nun einmal das Rückgrat des Reichs ist.

Das Notopfer z. B. könnte an Volkstümmlichkeit sicherlich nicht gewinnen, wenn es auf Grund des Artikels 48 in Kraft gesetzt worden wäre. Die Mittelparteien des Reichstags haben sich ja nun mit dem Notopfer der Beamten und dem Zuschlag zur Einkommensteuer abgefunden, nachdem die Reichsminister sich bereit erklärt haben, der allgemeinen Not einen Teil ihrer Aufwandslagen zu opfern, und es wird jetzt auch über ein Notopfer der Reichstagsabgeordneten beraten. Das finanzielle Ergebnis dieses Opfers wird zwar nicht allzusehr ins Gewicht fallen, und es wäre wertvoller, wenn die Parlamentarier sich statt kleiner Kürzungen an ihrem persönlichen Haushalt zu größeren Kürzungen am Reichshaushalt und einer durchgreifenden Ausgabenreduktion entschließen würden. Aber schließlich ist bei diesem Opfer ja nicht der materielle Ertrag, sondern die moralische Wirkung das Wichtigere. Und da kann man nur hoffen, daß die einzelnen Parteien sich zu der beispielgebenden Tat entschließen werden, die nach dem unglücklichen Pensionsantrag Moldenhauers dem Ansehen des Parlamentarismus doppelt not ist. Freilich dürfte sich der gute Wille des Parlaments nicht in dieser Maßnahme gleich erschöpfen. Alle führenden Geister in Wirtschaft, Wissenschaft und Volk sollten in dieser Notzeit danach streben, dem Volk ein Vorbild an Sparsamkeit, Einfachheit und sozialer Hilfsbereitschaft zu geben. Mit der Einschränkung der persönlichen Lebenshaltung muß eine Verminderung aller überflüssigen Aufwands, eine rückwärtslose Abgabe aller Festessen und Empfänge, von denen es noch viel zu viel gibt, verbunden werden. In einer Zeit, wo alle Opfer bringen sollen, kommt alles auf das Vorbild der Führer an.

Der Reichsverkehrsminister an die Reichsbahn

Berlin, 13. Juli. In einem Schreiben des Reichsverkehrsministers von Guérard an den Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. von Siemens, werden die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn anerkannt, weshalb die Reichsregierung auch den beantragten Tarifserhöhungen zugestimmt habe, die für den Personenverkehr, der einen Zuschuß von 270 Millionen erfordert, etwa 65 Millionen, für die Güterverkehr 70 Millionen, zusammen 135 Millionen ausmachen, also nur 15 Millionen weniger, als die Reichsbahn beantragt hatte. Ferner werden die an das Reich abzuliefernden Beförderungssteuern ermäßigt werden. Zu der von der Reichsbahn beantragten Lösung von den Bindungen der Arbeitsarife bemerkt der Minister, die Steigerung des Personalaufwands bei der Reichsbahn habe allerdings zu Besorgnissen Anlaß. Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, die höher sind als die der Reichstaatsabgeordneten, sind bereits abgebaut worden, zu beanstanden seien aber noch die Bezüge der leitenden Beamten, die die Gehälter der gleichgestellten Reichsbeamten ganz erheblich übersteigen. Dadurch werden die Interessen des Reichs gefährdet, denn es werde unmöglich, aus den Reihen der leitenden Beamten der Reichsbahn den nötigen Nachwuchs für das Reichsverkehrsministerium zu gewinnen. Auch die Leistungszulagen, die sonst in der Verwaltung nicht üblich seien, entbehren bei der gegenwärtigen Notlage der Reichsbahn jedenfalls in ihrer jetzigen Höhe der Berechtigung. Im übrigen wird dankbar anerkannt, daß der Verwaltungsrat beschlossen habe, über das aus der schlechten Finanzlage sich ergebende Ausmaß hinaus Bestellungen und Arbeiten bis zur Höhe von 300 Millionen in Auftrag zu geben.

Neue Nachrichten

Einkommensteuererhöhung und Ledigensteuer abgelehnt

Berlin, 13. Juli. Der Steuerauschuß des Reichstags hat mit den Stimmen der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten den 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer (Regierungsvorlage) abgelehnt, nachdem tags zuvor ein sozialdemokratischer Antrag auf einen 10prozentigen Zuschlag für die höheren Einkommen abgelehnt worden war. Mit denselben Stimmen wurde darauf auch die Ledigensteuer abgelehnt. Reichsfinanzminister Dietrich wandte sich gegen die von der Wirtschaftspartei beantragte Besteuerung der Aufsichtsratsmitgliedern, die höchstens 8 Millionen einbringen würde. Der Vorschlag einer solchen Steuer sei nicht sachlich, sondern höchstens demagogisch zu begründen.

Nach der Ablehnung beider Vorlagen hatte der Reichskanzler am Samstag nachmittag wieder eine Besprechung mit den Parteiführern.

Im „Vorwärts“ wird erneut angedeutet, daß die Sozialdemokratie bereit sei, wieder in die Regierung einzutreten.

50 Millionen Einsparungen gestrichen

Berlin, 13. Juli. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags hat mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und des Abg. Becker-Krenberg (Ztr.) die Bestimmung der Regierungsvorlage zur Krankenversicherung abgelehnt, wonach der Grundlohn von 10 auf 9 Mk. herabgesetzt werden soll. Das bedeutet einen Abzug von den vorgesehenen Einsparungen von 30 Millionen Mark. Durch die Herabsetzung der im Stegerwaldschen Entwurf vorgesehenen Krankenkasseneinzug von 1 Mk. auf 50 Pfg. hat der Ausschuß die Einsparungen um weitere 10 Millionen vermindert und dazu kommt noch ein Abzug von 10 Millionen durch Änderungen an der Regierungsvorlage betreffend die Arbeitslosenversicherung.

Moldenhauers Pensionsantrag

Berlin, 13. Juli. Im Haushaltsauschuß des Reichstags teilte Staatssekretär Dr. Schäffer mit, daß der frühere Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer seinen Antrag, seine städtische Tätigkeit (in Köln) von 1901 bis 1909 in die Berechnung seiner Reichsministerpension einzurechnen, zurückgezogen habe.

Deutschland und Mitteleuropa

Berlin, 13. Juli. Die deutsche Antwort auf Briands Mitteleuropa-Denkschrift ist am Freitagabend in Paris übergeben worden. Dem Gedanken wird, wie verlautet, grundsätzlich zugestimmt, jedoch unter Voraussetzungen (Abrüstung, Gleichberechtigung usw.), die einer vorsichtigen Ablehnung gleichkommen sollen.

Die polnische Antwort lautet zustimmend.

Oesterreichisch-italienisches Abkommen

Wien, 13. Juli. Bei den in den letzten Tagen in Rom geführten österreichisch-italienischen Verhandlungen wurde vereinbart, daß die Wiedererstattung der Schuld aus den ersten Lebensmittellieferungen Italiens an Oesterreich im Winter 1918/19 in 30 Jahreszahlungen in einem Gegenwert von 16—17 Millionen Goldfranken erfolgen soll, was ein nicht unbedeutender Nachlaß gegenüber den italienischen Forderungen ist. Ferner wurde das Abkommen von 1922 über die Verwaltungsschuld im Verhältnis zu Italien ohne eine Gegenleistung Oesterreichs aufgehoben. Dergleichen verzichtet Italien auf jede Forderung aus dem Titel der Okkupationslire. Endlich wurde die Aufhebung der Prüfungs- und Ausgleichsämter sowie des Gemischten italienisch-österreichischen Schiedsgerichtshofs im Verhältnis zu Oesterreich und Mit-Italien vereinbart.

Gewaltreich Tardieu

Paris, 12. Juli. In der Kammer wurde die Regierung wegen der Militäraufwandsforderungen von 1126 Millionen Franken, für die Herriot unter Hinweis auf die „überlegenen deutschen Flottenbauten“ (l) eintrat, von der Linken heftig angegriffen. Seit 1920 habe Frankreich über 100 Milliarden Franken für Rüstungen ausgegeben. Sie sind größtenteils durch die „deutschen Tribute“ bezahlt worden. (Schr.) So könne man die im Versailler Vertrag festgesetzte „Abrüstung“ nicht durchführen. Abg. Bonnet beantragte die Ablehnung der Aufwandsforderungen. Ministerpräsident Tardieu stellte die Vertrauensfrage, worauf der Antrag Bonnet mit 316 gegen 216 Stimmen abgelehnt wurde. Tardieu verlas darauf unter großem Lärm der Lin-

ken eine Verordnung, durch die das Parlament vertagt wird. Auch der Senat wurde vertagt.

Die Abgeordneten Herriot (Radikal), Blum (Soz.) und Chabrün (Sozialrep.) reichten sofort einen schriftlichen Einspruch gegen die Vertagung ein, durch die eine Reihe wichtiger Gesetze unerledigt bleibe.

Die Oppositionspresse erklärt, die Vertagung bedeute eine Flucht der Regierung, um sich auf drei Monate vor ihrem sicheren Sturz zu retten. Von offen den großartigen Versprechungen Tardieus sei nichts erfüllt.

Schwere Zusammenstöße in Bombay

Bombay, 13. Juli. Im Lauf einer trotz des behördlichen Verbots auf dem Madanpoh veranfaßten Kundgebung der Nationalisten griff die Polizei die Demonstranten mehrmals mit dem „Gummiknüppel“ an. 300 Personen wurden verletzt, darunter zehn schwer. 100 Verletzte wurden ins Krankenhaus übergeführt. — Es scheinen doch auch andere Waffen als der „Gummiknüppel“ angewendet worden zu sein.

Unsicherheit der Deckungsvorlage

Berlin, 13. Juli. Nachdem die Mehrheit des Steuerauschußes durch Ablehnung des Einkommensteuerzuschlags und der Ledigensteuer wichtige Stücke aus der Deckungsvorlage herausgebrochen hatte, erklärte die Regierung, daß sie auf eine zweite Lesung im Ausschuß keinen Wert mehr lege. Die Vorlage geht nun sofort an den Volkreichstag zurück. Die Regierung wird voraussichtlich den vom Ausschuß angenommenen Teil der Deckungsvorlage am Dienstag dem Volkreichstag zur zweiten Lesung übergeben, während die Regierungsparlamentarier von sich aus die abgelehnten Teile als neue Anträge (Initiativanträge) einbringen wollen.

Die vertrauliche Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich mit den Parteiführern am Samstag nachmittag zeitigte kein Ergebnis und wurde am Samstag fortgesetzt. Es handelte sich hauptsächlich um die Bürgersteuer der Gemeinden, die von den Demokraten bis jetzt abgelehnt wurde, während sie auf die von ihnen beantragte Schanksteuer nunmehr verzichten wollen.

Die Kriegsbeschädigten zu den Abänderungen des Reichsverorgungsgesetzes

Berlin, 13. Juli. Der Bundesvorstand des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten hat in einer Entschließung gegen die Beschlüsse des Reichstagsauschußes zu den Abänderungen des Reichsverorgungsgesetzes Einspruch erhoben.

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Juli. Der Reichstag hat in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Vorlage angenommen, wonach der Vermahlungszwang für Inlandszweigen auf unbeschränkte Zeit verlängert wird. Reichsernährungsminister Schiele erklärte, daß er vor der Festsetzung des Vermählungsverhältnisses jeweils den zuständigen Ausschüssen Mitteilung machen werde.

Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über den endgültigen Reichswirtschaftsrat gab Abg. Dr. Cverling (Deutschnat.) eine Erklärung ab: Seine Partei fordere eine grundlegende Reichsreform zur Beseitigung von einem falschen System, das mit seiner unsachlichen Gesetzgebung und Geldvergeudung sich als schwerstes Hemmnis des staatlichen Wiederaufbaus erwiesen habe. Der Reichswirtschaftsrat hätte ein Schritt auf diesem Weg sein können, statt dessen beruhe er in seiner marxistischen Struktur auf dem Gedanken des Klassenkampfes. Wenn den deutschnationalen Anträgen nicht stattgegeben werde, würden sie den Gesetzentwurf ablehnen.

Die Abstimmungen wurden zurückgestellt.

Das Haus verlagte sich auf Montag 3 Uhr. Osthilfsgesetz, Weingeseß, Abstimmungen über Reichswirtschaftsrat und Aufwertungshypotheken-Gesetz.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags ermächtigte die Regierung, dem Oberbergamt Breslau einen Betrag bis zu einer Million Mark für Beihilfen in dem Hausdorfer Grubenunglück zu überweisen. Es sollen ferner Maßnahmen zur Feststellung der Unfallursache und Verhütungsmaßregeln getroffen werden.

Das Grubenunglück in Hausdorf

Bis Samstag konnten weitere 9 Tote geborgen werden, so daß insgesamt 103 Tote geborgen sind. 48 Verletzte befinden sich noch in der Grube.

In Hausdorf begannen am Samstag die Bewohner schon in den frühen Morgenstunden nach Mitternacht zu pflanzeln, wo die Särge von 89 Toten nebeneinander stehen. Zu Tausenden sind die Angehörigen und Freunde der Verunfallten her-

Continental-Schreibmaschine
 RM. 260.- und 460.-
 Theodor Krafft, Kanzleistr. 11, Stuttgart, Tel. 22528

